

Das Unwissen der Zahlen-Hungrigen
ist das Brot der Meinungsforscher

Der Dreh mit den Prozentzahlen

Brauchbare Statistik 1

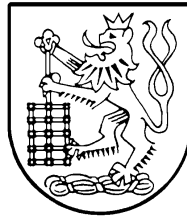


geeicht:
letzte Bundestagswahl

CDU	bei 45% warmhalten
SPD	bei 35% kaltstellen
F.D.P.	vor Wechselbädern schützen
Grüne	bei 4,8% auf Eis legen

Verfallsdatum:
nächste Bundestagswahl





Pressemitteilung

Bundestagswahl 1994: Wählertäuschung mit Wahlprognosen

Erinnerung an die Bundestagswahl 1990: Die deutschen Meinungsforscher prognostizieren den Grünen einen sicheren Einzug in den Bundestag. Während Frau Noelle-Neumann in SAT 1 am Wahlabend mit 8.5% auf die Bühne ging - nachdem sie im Vorfeld der Wahl die Partei in der FAZ wochenlang mit rund 101,0 an die Decke genagelt hatte - schnitten ihr die Wähler mit 4.8% die Beine ab.

Meinungsforscher betreiben mit aktuellen Stimmungsbildern und Prognosen über den Ausgang der Bundestagswahl systematisch Wählertäuschung in wissenschaftlicher Verpackung. Die Praktiken der Meinungsforscher sind möglicherweise auch ein Fall für den Staatsanwalt. Wählertäuschung ist nämlich nach Paragraph 108a des Strafgesetzbuchs mit bis zu zwei Jahren Gefängnis strafbar. Nach vorherrschender Rechtsauffassung wird damit lügnerische Wahlpropaganda von Parteien, Medien usw. nicht erfaßt.

Getäuscht werden diejenigen Wähler, die ihre Wahlabsichten wegen Umfrageergebnissen ändern. Etwa weil sie nicht wählen gehen, in der Annahme, das Wahlergebnis stehe schon fest, oder weil sie aus taktischen Gründen ihre Zweitstimme einer anderen Partei geben, als sie ursprünglich wollten: CDU/CSU-Wähler schwenken zur FDP oder umgekehrt, SPD-Wähler gehen zu den Grünen über oder umgekehrt. Solche Wähler werden mit pseudo-exakten Zahlen irreführt.

Der juristische Tatbestand der Täuschung - *d.h. Erstellung oder Vorspiegelung falscher Tatsachen bzw. Unterdrückung wahrer Tatsachen* - gehört zu den Routinetätigkeiten von Meinungsforschern, wenn sie die Umfrageergebnisse auf die Sonntagsfrage „Wie würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?“ zu Wahlprognosen verarbeiten. Denn:

- **Die gemessene Volksmeinung wird systematisch abgeändert.**

Die veröffentlichten Prozentzahlen spiegeln nicht aktuelle Umfrageergebnisse wider. So hat das ZDF-Politbarometer zwischen März 1986 und August 1994 die Umfrageergebnisse für die CDU/CSU, SPD, FDP und die Grünen in 85% der Fälle durch geschönte Zahlen ersetzt. Beim "Spiegel" wird ähnlich verfahren.

- **Wahlprognosen sind de facto eine Fortschreibung früherer Wahlresultate.**

Umfragen haben weitgehend Alibifunktion. Die tatsächlichen Ergebnisse werden meist nicht veröffentlicht und wandern in den Müll.

- **Der "repräsentative Querschnitt" ist kein Miniaturbild.**

Die Behauptung, es würde ein "repräsentativer Querschnitt" befragt, also ein Miniaturbild aller Wahlberechtigten, ist eine Fiktion. Der Begriff ist ein Etikettenschwindel, der den vermarkteten Prozentzahlen den Anstrich von Objektivität und Genauigkeit verleihen soll. In Wirklichkeit werden die Musterwähler für den "repräsentativen Querschnitt" per Lotterie ausgesucht. Meist werden per Computer Telefonnummern ausgelost und Interviewer rufen dann an. Die Lotterie beeinflußt das Umfrageergebnis, sie verursacht unvermeidbare Lotterieschäden, die zu berücksichtigen sind.

• **Lotterieschäden machen Umfrageergebnisse unbrauchbar.**

Die Hochrechnung vom ausgelosten „repräsentativen Querschnitt“ auf alle Wahlberechtigten ist mit Fehlern und Risiken verbunden, die aus mathematisch-statistischen Gründen unvermeidlich sind. *Man kann eben nicht ungestraft von 2000 auf 58 Millionen hochrechnen.* Aber diese Fehler und Risiken – die sogenannten Lotterieschäden und Sicherheitswahrscheinlichkeit – werden dem Konsumenten von Umfrageergebnissen systematisch vorenthalten. Sie belaufen sich für die großen Parteien CDU/CSU und SPD auf etwa 8% und für FDP und Grüne auf 4-5%. (Berechnungsgrundlage: Es werden je 1000 Wähler in West und Ost ausgelost, die den Interviewern den ausgefüllten Stimmzettel in die Hand drücken. Nichtwähler geben keinen Stimmzettel ab. Die Wahlbeteiligung beträgt 75% und die statistische Sicherheit 95%.) Zum Beispiel müßte das ZDF-Politbarometer vom August 1994

CDU/CSU 41%, SPD 36%, Grüne/B'90 9%, FDP 6%, PDS 4%, Rep. 2%

in wissenschaftlich vertretbarer Form wie folgt aussehen:

CDU/CSU	37% - 45%	SPD	32%-40%	PDS	2.5Yo - 5.5%
FDP	4%-8%	Grüne/B'90	6.5% - 11.5%	Rep.	1% - 3%

Lotterieschäden in diesem Ausmaß haben zur Folge, daß bei den gegenwärtigen Kräfteverhältnissen, wo wenige Prozente über Gewinn und Verlust der Macht entscheiden oder sogar Bruchteile von Prozenten eine Partei an der Fünf-Prozent-Hürde scheitern lassen können, mit „Repräsentativumfragen“ keine brauchbaren Aussagen über die zu erwartende Stärke der Parteien gemacht werden können - ganz zu Schweigen von der Möglichkeit, daß die PDS mindestens drei Direktmandate bekommt.

Und warum das alles?

Meinungsforscher haben die Erfahrung gemacht, daß Umfrageergebnisse, die mit Lotterieschäden und Befragungsfehlern gebeutelt sind, keine brauchbare Basis für Wahlprognosen abgeben. Die Grundlage für dieses Geschäft liefert vielmehr die bisherige politische Stabilität der Bundesrepublik. Weil die Schwankungen der Parteistärken von Bundestagswahl zu Bundestagswahl kleiner sind als die Lotterieschäden bei Umfragen, haben die Meinungsforscher das Pferd am Schwanz aufgezäumt: Die aktuellen Umfrageergebnisse werden so umgeändert, daß der Eindruck von Kontinuität entsteht. Dies wird so gemacht, daß die letzten Wahlergebnisse entlang der vermeintlichen politischen Windrichtung fortgeschrieben werden. Aus diesem Grund werden die Umfrageergebnisse im "konservativen" ZDF nach dem gleichen System geschönt wie im „linken“ Spiegel. Wohin dies führt, haben die Wahl„forscher“ bei der Bundestagswahl 1990 demonstriert: Nachdem die Grünen 1987 mit 8.3% im Bundestag vertreten waren, prophezeiten ihnen die Demoskopen ein ähnliches Resultat für 1990. Doch die Wähler spielten bei der Fortschreibung nicht mit und schnitten ihnen mit 4.8% die Beine ab.

Deutsche Demoskopen betreiben mit ihren Wahlprognosen eine Zahlenprostitution, die in ihrer Reinheit einmalig auf dieser Welt ist. Wähler - und auch Politiker - müssen lernen, wo die Aussagekraft der Zahlen endet und die Geschäftstüchtigkeit oder die Manipulation der Datenfabrikanten beginnt.

Verantwortlich: Prof. Dr. Fritz Ulmer

Wuppertal, im September 1994

Der Dreh mit den Prozentzahlen

Das Unwissen der Zahlen-Hungrigen ist das Brot der Meinungsforscher

Leichtgläubigkeit wirft Professor Fritz Ulmer von der Universität Wuppertal allen Menschen vor, die vor einer Wahl auf die Resultate von Umfrage-Instituten starren. Mit seiner pointierten Kritik an der Meinungsforschungsindustrie hat er bereits viel Staub aufgewirbelt.

Einleitung und Zusammenfassung

Die Wahlforscher haben wieder Hochkonjunktur. Das Superwahljahr 1994 garantiert der Prognoseindustrie Rampenlicht und volle Kassen. *Doch was steckt hinter Wahlprognosen, wie werden sie gemacht? Basieren sie wirklich auf den Ergebnissen von sogenannten Repräsentativumfragen, wie dies die Meinungsforscher einer zahlengläubigen Öffentlichkeit und einer demoskopiesüchtigen Geschäftswelt seit den Fünfzigerjahren vorgaukeln?*

MERKUR extra

Elisabeth Noelle-Neumann:

"... Erstens: nach der Theorie der Schweigespirale gewichten wir unsere Umfrageergebnisse nach dem Meinungsklimadruck. Zwischen dem, was wir an Rohergebnissen erhalten, und dem, was wir als Prognose veröffentlichen, liegt manchmal eine Differenz von zehn oder elf Prozent. Denken Sie sich, wir würden die um zehn oder elf Prozent abweichenden Ergebnisse veröffentlichen! ..."
(Rheinischer Merkur/ Christ und Welt, Nr 37, 11.09.1987)

Die Antwort ist nein! Frau Noelle-Neumann, Chefin des Instituts für Demoskopie Allensbach und Nestorin der deutschen Meinungsforschung, brüstet sich öffentlich, daß sie ihre Resultate bis zu 11% zurecht (d)rückt, bevor sie die Öffentlichkeit damit beatmet (Rheinischer Merkur Extra, Nr. 37, 1987, S. 30). Das ist aber keine Extratour von ihr, vielmehr gehört es zum guten Ton in dieser Branche, daß hinsichtlich der Sonntagsfrage: "Wie würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?", die gemessene Volksmeinung regelmäßig - aber nachweisbar - im Müll landet. Im ZDF-Politbarometer wurden beispielsweise im März 1986 die Umfrageergebnisse für die SPD von 51% auf 42% zurechtgestutzt, während die CDU von 38% auf 44% hochgepöppelt wurde. Entsprechend wurde die gemessene grünrote Mehrheit von 58% als Minderheit von 48% gehandelt, fast wie eine Aktie Ex-Dividende. Im November 1986 hingegen - zwei Monate vor der Bundestagswahl - wurde der SPD eine Mutspritze von 37% auf 38% verabreicht, während man die Union vom Odium der absoluten Mehrheit befreite, indem ihr Stimmenanteil von 49%

auf 47% gedrückt und gleichzeitig die FDP von 4% auf 7% katapultiert wurde, notabene: über die 5%-Hürde!

Was verbirgt sich hinter einer solchen Zahlenakrobatik? *Das Eingeständnis, daß die tatsächliche Volksstimmung betreffend der nächsten Bundestagswahl mit einer Meinungsumfrage nicht gemessen werden kann!*

"Korrekturen" in diesem Ausmaß erwecken den Verdacht der Manipulation. Selbst ein gutmütiger Demoskopiekonsument dürfte sich die Frage stellen, weshalb die Wahlforscher überhaupt noch Umfragen durchführen, wenn sie hinterher derart hemdsärmelig mit den Resultaten umspringen. Weshalb der Aufwand?

Warum schreiben sie nicht einfach ein paar plausibel erscheinende Prozentzahlen hin? *Die BRD ist politisch relativ stabil und historisch gesehen variierten die Parteistärken nur um wenige Prozente.* Seit Ende der Sechzigerjahre liegen CDU und CSU stets zwischen 44% und 49%, die SPD (bzw. seit 1983 SPD und Grüne zusammen) zwischen 39% und 46% und die FDP zwischen 6% und 11%. Dazwischen gibt es nicht allzu viele Prozentzahlen, die für eine Wahlprognose in Frage kommen!

De facto sind Wahlprognosen in der BRD eine Fortschreibung früherer Wahlergebnisse. Der Grund hierfür ist einfach: Die Wahlforscher wissen aus Erfahrung, daß sie mit Umfrageergebnissen vor den Wahlen keine zuverlässigen Prognosen machen können. Das liegt nicht nur am sogenannten Interviewfehler, der bei der Befragung entsteht, sondern auch daran, daß allein die mathematisch-statistisch bedingte Fehlerbreite einer Repräsentativumfrage für die großen Parteien 8% und für die kleinen 4% bis 5% beträgt. Kein Auftraggeber würde eine Prognose der Form:

CDU/CSU	37% - 45%
SPD	32% - 40%
FDP	4% - 8%
Grüne/Bündnis 90	6,5% - 11,5%
PDS	2,5% - 5,5%
Republikaner	1% - 3%

akzeptieren und dafür bezahlen, auch das ZDF nicht, in dessen Auftrag das Politbarometer monatlich die Sonntagsfrage veranstaltet. Die Fehlerbreite wird der Scham geopfert, und auf dem Bildschirm erscheinen splitter nackte Zahlen:

CDU/CSU	41%
SPD	36%
FDP	6%
Grüne/Bündnis 90	9%
PDS	4%
Republikaner	2%

(ZDF, August 1994)

Im Gegensatz dazu betragen die historischen Bandbreiten der Parteistärken von CDU/CSU, SPD/Grünen und FDP bei Bundestagswahlen lediglich sieben Prozent. In dieser mißlichen Situation haben die Wahlforscher aus der Not eine Tugend gemacht, und die sogenannte *Abschreibemethode* eingeführt, d.h. *es werden einfach die alten Wahlresultate fortgeschrieben und Pi mal Daumen ein klein wenig nach unten oder oben korrigiert, entlang der vermeintlichen politischen Windrichtung*. Natürlich nennen unsere Politwetterfrösche das Kind nicht beim Namen. Für das Verschweigen der statistisch unvermeidlichen Fehlerbandbreiten und das Gesunddoktern der gemessenen Volksmeinung haben sie eigens ein neues Markenzeichen geschaffen: Sie nennen es salbungsvoll **"Gewichtungskunst"**.

Wahlprognosen reflektieren also primär die Spekulationen der Wahlforscher, und die veranstalteten Umfragen haben weitgehend Alibifunktion! Denn mit offen deklarierten Stammtischschätzungen könnten unsere Politwetterfrösche nicht zigtausend Mark kassieren. Und, was für sie weit schmerzlicher wäre, mit Biertischargumenten könnten sie der zahlenhungrigen Wirtschaft keinen *Persilschein* für die Genauigkeit von kommerziellen Meinungsumfragen unterjubeln, die bekanntlich den Löwenanteil am Umfragegeschäft ausmachen. So paradox es ist: *Die Meinungsforschungsindustrie hat die politische Stabilität in der BRD zum Gütesiegel für das kommerzielle Umfragegeschäft gemacht*.

Frau Noelle-Neumann und ihre Ziehkinder sehen dies naturgemäß etwas anders. Sie glauben, die goldenen Prognose-Eier mit der frohen Botschaft "alles bleibt

beim alten" würden von ihrer Meßkunst gelegt und nicht etwa von der politischen Stabilität. Solange alles beim alten bleibt, funktioniert ihre Meßkunstdevise "immer fromm der eigenen Nase nach" auch tadellos. Ihre Fähigkeit, damit Veränderung zu orton, hat sie eindrücklich am Wahlabend der Bundestagswahl 1990 im Fernsehen demonstriert, als sie den Grünen mit 8,5% den Einzug in den Bundestag prophezeite, während diese drei Stunden später jämmerlich an der 5%-Hürde eingingen. Vielleicht dank der "Schützenhilfe" der Wahlforscher im Vorfeld der Wahl, welche in corpore die Grünen sicher über der 5%-Hürde plakatierten - nach 8,3% bei der Wahl 1987- und es so den frustrierten Realos erleichterten, den Fundis der eigenen Partei einen Denkartel zu verabreichen, indem sie für die SPD stimmten oder nicht zur Urne gingen.

Es ist klar, daß das Vabanquespiel mit dem Gesunddoktern der gemessenen Volksmeinung entlang den historischen Leitplanken nur solange funktioniert, wie die politische Landschaft nicht in Bewegung gerät.

Tritt etwas Neues oder unvorhergesehenes auf, wie z.B.

- das Wiedererwachen republikanischer Empfindungen 1989 in Berlin
- der grüne Abtaucher bei der Bundestagswahl 1990
- die demoskopisch nicht eingeplanten politischen Wetterumschläge im Saarland 1985, in Hamburg 1986, in Rheinland-Pfalz und Bremen 1987, in Baden-Württemberg und Schleswig Holstein 1992,

dann gehen unsere Politwetterfrösche erst einmal baden. Ungestraft und gut bezahlt! Das Risiko tragen die Dummen, die diesen wissenschaftlich verpackten Prognosezahlen Glauben schenken. Deutsche Demoskopien betreiben mit ihren Wahlprognosen eine Form der Zahlenprostitution, die in ihrer Reinheit einmalig auf dieser Welt ist.

Die zehn Gebote für Demoskopiekonsumenten

1. Der fromme, aber faule Spruch vom repräsentativen Querschnitt

Für eine handelsübliche Umfrage - wie z.B. das Politbarometer im Zweiten Deutschen Fernsehen (ZDF) oder die "Wahlhoroskope" von Frau Prof. Noelle-Neumann in der Frankfurter Allgemeinen (FAZ) - wurden früher rund 1 000 Wahlberechtigte in der BRD befragt, ein sogenannter *repräsentativer Querschnitt*. (Heute werden zusätzlich rund 1000 Wahlberechtigte in den neuen Bundesländern befragt, was von wenig statistischem Sachverstand zeugt, weil es im Westen rund vier mal so viele Wahlberechtigte gibt wie im Osten.) *Aus Kostengründen kann nämlich nur ein winziger Bruchteil der Bevölkerung befragt werden.* Der repräsentative Querschnitt wird aber nicht, wie die geschickte Wortwahl suggeriert, als Miniaturbild zusammengestellt, sondern *per Lotterie* - siehe untenstehender Kasten. Ein *bunt zusammengewürfelter Haufen* also, je zufälliger desto besser. Jeder Wahlbürger soll die gleiche Chance haben, in den repräsentativen Querschnitt aufgenommen zu werden - wenn auch im Westen nur einer aus 45000 befragt wird und in der ehemaligen DDR einer aus 12000.

Der repräsentative Querschnitt als Miniaturbild der wahlberechtigten Bevölkerung ist allerdings eine mathematisch-statistische Utopie, die auf dieser Erde nicht realisiert werden kann. Aber diese Assoziation ist ein geschickt orchestrierter Etikettenschwindel um Umfrageergebnisse als zuverlässig und genau zu vermarkten.

Die Auswahl per Zufall hat zur Folge, daß bei verschiedenen Auslosungen des "repräsentativen" Querschnittes immer etwas andere Umfrageergebnisse herauskommen. Die dadurch verursachten Abweichungen - die sogenannten "Lotterieschäden" - sind zwar kleiner als der erschreckte Laie sich vorstellt. Er glaubt ja zunächst, die Lotteriewahl hätte zur Folge, daß Umfrageresultate und Lottozahlen dasselbe seien, was aber nicht der Fall ist. Doch die Lotterieschäden bei Umfrageergebnissen sind weit größer als die Propaganda der Prognoseindustrie zugibt, falls sie überhaupt erwähnt werden. Von Lotterieschäden spricht natürlich niemand - wenn schon - dann spricht man gelehrt von "Vertrauensintervallen". Eine Sprachregelung a la Wilhelm Busch: "Was beliebt, ist auch erlaubt."

2. Die Interview- und Modellfehler werden nie berücksichtigt.

Was die Fehler betrifft, so muß man zwischen drei Ebenen unterscheiden.

- Lotterieschäden
- Modellfehler (Lotterie funktioniert nicht richtig, z.B. "Würfel defekt")
- Interviewfehler

Der **Interviewfehler** entsteht dadurch, daß die beim Interview gegebene Antwort nicht mit dem übereinstimmt, was der Befragte am Wahltag dann tatsächlich tut. Zum Beispiel, weil er seine Meinung geändert hat, er dem Interviewer nicht die richtige Antwort geben wollte, er sich noch nicht entschieden hat, er nicht zur Urne gehen wollte und dann doch ging oder umgekehrt. Außerdem gibt rund ein Drittel der Ausgelosten keine Antwort oder sie können vom Interviewer nicht erreicht werden. Ferner spielt die weit verbreitete Unkenntnis über die Unterscheidung von Erst- und Zweitstimme eine wichtige Rolle. Es kommt auch vor- allerdings nicht sehr häufig -, daß der Interviewer den Fragebogen selbst ausfüllt, weil dies viel schneller geht und die Bezahlung nicht gerade fürstlich ist.

Der **Modellfehler** entsteht dadurch, daß das Auswahlverfahren für den repräsentativen Querschnitt nicht auf einer echten Lotterie basiert. Es ist in der Praxis sehr schwierig und kostenaufwendig, eine Zufallsauswahl zu realisieren. Im Prinzip setzt dies voraus, daß man alle Wahlberechtigten vorher erfaßt, damit man jedem die gleiche Chance geben kann, ausgewählt zu werden. Das ist natürlich unmöglich. Aus Kostengründen werden bei der Zufallsauswahl schwerwiegende Qualitätsabstriche gemacht. Die in der Meinungsforschung verwendeten *Notlösungen* - z.B. Telephonauswahl - *haben mit einer echten Lotterie ungefähr soviel gemeinsam wie eine Kokosnuß mit einem idealen Würfel.*

Die Größe des Interview- und Modellfehlers ist nicht feststellbar. Sie kann aber gigantisch sein und in der Größenordnung von fünf Prozent und mehr liegen, wie aus eklatanten Fehlprognosen hervorgeht. In der demoskopischen Werbung hingegen wird unentwegt der repräsentative Querschnitt als Miniaturbild besungen.

Was ist ein repräsentativer Querschnitt?

<p>Prof. Dr. Noelle-Neumann Leiterin des Instituts für Demoskopie Allensbach</p>	<p>Klaus Liepelt Chef des Instituts für angewandte Sozialforschung INFAS</p>	<p>Forschungsgruppe Wahlen Politbarometer West, Mai 1993</p>
<p>Umfragen in der Massengesellschaft, S 132-135, (Rowohlt 1963)</p>	<p>Journal Mobil, WDR III Dortmund (Aktuelle Stunde), 27.9.1989</p>	<p>Seite 184/185: Informationen zur Stichprobe (im Westen)</p>
<p>... "Man arbeitet für jeden Interviewer, der an der Umfrage beteiligt ist, eine "Quote" aus: wieviel Männer und Frauen er befragen soll, wieviel Angehörige der verschiedenen Altersgruppen, wieviel Berufstätige, wieviel Personen aus den verschiedenen Berufsgruppen und wieviel nicht-berufstätige Angehörige in den verschiedenen Berufskreisen. ... Die Repräsentanz der Quoten-Stichprobe wird nicht gesichert, indem bestimmte "quotierte" Merkmale - Geschlecht, Alter usw. genauso verteilt sind wie in der Grundgesamtheit (=Population). ... Die wirkliche Funktion der Quoten ist: sie sollen den Interviewer zu einer Zufallsauswahl veranlassen, bei der jedes Mitglied der Grundgesamtheit praktisch die gleiche Chance hat, in die Stichprobe zu gelangen; ohne das Wirken eines solchen Zufallsmechanismus ist die Bildung einer repräsentativen Stichprobe nicht möglich. Erst in zweiter Linie wirken die Quoten außerdem wie eine "Schichtung" bei Random-Stichproben, indem sie in bestimmten Merkmalen die Übereinstimmung zwischen Stichprobe und Universum sichern." ...</p>	<p><i>Interviewerin:</i> "Nun heißt es ja, Sie befragen einen repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung, aber ist das wirklich ein Spiegelbild der Bevölkerung, das Sie da befragen?"</p> <p><i>Liepelt:</i> "Wenn es ein repräsentativer Querschnitt ist, muß es ein Spiegelbild sein. Es ist manchmal sehr schwer, Repräsentativität herzustellen, das ist die Aufgabe dieser Umfragen, das möglichst solide zu tun."</p> <p><i>Interviewerin:</i> "Es gibt Kritiker, die sagen, es wäre mehr eine Zufallsauswahl, ein Lotteriespiel."</p> <p><i>Liepelt:</i> "Nein, es ist eine Zufallsauswahl, es ist ein Lotteriespiel. Und gerade weil man wie im Lotto sozusagen den Zufall walten läßt, trifft es mal den oder mal den, der dort befragt wird. Wenn das nicht der Fall wäre, dann wäre es keine repräsentative Umfrage." ...</p>	<p>Die Stichprobe wurde aus der Gesamtheit der Wahlberechtigten gezogen, die in Privathaushalten mit Telefonanschluß leben. Für die Stichprobe wurde eine zweifach geschichtete Zufallsauswahl verwendet. Zunächst wurden Haushalte ausgewählt, dann eine Person eines jeden Haushalts. ... Die gewichtete Umfrage ist unter Berücksichtigung der Wahrscheinlichkeitstheoretischen Grundlagen von Stichproben repräsentativ für die wahlberechtigte Bevölkerung Westdeutschlands. Da es sich um eine Zufallsstichprobe handelt, kann für jedes Stichprobenergebnis ein Vertrauensbereich angegeben werden, innerhalb dessen der wirkliche Wert des Merkmals in der Gesamtheit mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit liegt. Für die Erhebung ergeben sich folgende Vertrauensbereiche: Bei einem Merkmalswert von 50% liegt der wahre Wert mit einer Wahrscheinlichkeit von 95% bei einer Stichprobengröße von n=1000 zwischen 46,8% und 53,2%. Beträgt die Merkmalsausprägung 10%, so liegt der wahre Wert zwischen 8,1% und 11,9% ...</p>

3. Die Launen des Zufalls

Um den Leser mit den Problemen und Launen des Zufalls vertrauter zu machen, haben wir an der Universität auf dem Computer die Auslösung von einer Million repräsentativen Querschnitten unter idealen Bedingungen simuliert. Wir haben angenommen, die ausgelosten (alias "repräsentativ ausgesuchten") Bundesbürger würden wie in einer gut organisierten Volksdemokratie den ausgefüllten Stimmzettel für den Interviewer bereithalten, den sie am 25. Januar 1987 in die Wahlurne legten,

insbesondere auch jenes Drittel von Wahlberechtigten, die üblicherweise die Auskunft verweigern oder nicht aufzuspüren sind. Dieses Vorgehen bietet gegenüber den gängigen Methoden der Umfrageforschung einige Vorteile: Es kostet fast nichts, die Resultate liegen innerhalb einiger Stunden vor und jedermann merkt bald, welche Aussagefähigkeit "der repräsentative Querschnitt" besitzt. Das amtliche Bundestagswahlresultat vom 25. Januar 1987 lautete bekanntlich:

CDU/CSU	SPD	FDP	Grüne
44,3%	37,0%	9,1%	8,3%

Tabelle 1:

	CDU/CSU	SPD	FDP	Grüne
1. Institut	40,3%	41,4%	8,6%	9,0%
2. Institut	44,1%	38,4%	8,7%	7,7%
3. Institut	43,9%	38,5%	8,8%	8,2%
4. Institut	47,1%	35,6%	7,8%	8,3%
5. Institut	43,1%	37,4%	9,5%	8,8%
6. Institut	47,0%	36,3%	8,4%	6,9%
7. Institut	44,5%	34,3%	10,3%	9,4%
8. Institut	43,5%	38,9%	8,4%	7,7%
9. Institut	42,0%	37,9%	10,8%	8,1%
10. Institut	43,7%	38,9%	8,7%	6,9%

In Tabelle 1 sind die Resultate der ersten zehn ausgelosten repräsentativen Querschnitte, die wir jeweils einem Meinungsforschungsinstitut zuordnen, abgedruckt. Dem Institut Nr. 1 wird der erste repräsentative Querschnitt zugeordnet, Institut Nr. 2 der zweite usw. Wie man sieht, reichten diese zehn Meinungsforschungsinstitute bereits aus, um in der damaligen Republik jedermann glücklich zu machen. Bundeskanzler Helmut Kohl fühlte sich beim Institut Nr. 4 in guten Händen, denn es garantierte ihm 47,1% und hielt gleichzeitig die FDP mit 7,8% in Schach. Die SPD wurde vom Institut Nr. 1 mit dem Traumresultat von 41,1% beglückt, was zusammen mit den Grünen (9,0%) eine hauchdünne Mehrheit ergab, und so durfte Oskar Lafontaine versuchen, das grünrote Mißverständnis in eine Regierungsmehrheit für Wackelkontakte umzufunktionieren. Die Grünen, jedenfalls die Realos, hielten sich ebenfalls an Institut Nr. 1, während die Fundis mit Institut Nr. 7 besser fahren, dort wurde ihnen nicht nur 9,4% verbrieft, sondern es wurde ihnen auch weisgemacht, daß die SPD mit 34,3% in den letzten Zügen lag. Die FDP schließlich berief sich auf Institut Nr. 9, nach welchem Strauß & Kohl mit 42,0% reif für Botschafterposten in Monaco und Liechtenstein waren, während Genscher mit 10,8% zum Quasi-Bundeskanzler und zur Integrationsfigur für den Rest der Union wurde. Wie man sieht, hat der repräsentative Querschnitt viele Facetten. Man beachte dabei, daß die zehn Institute weder gefuscht noch geschummelt haben. Im Gegenteil, ihre Repräsentativumfragen - nämlich die obigen zehn Auslosungen - sind unter idealen Bedingungen zustande gekommen. Die Abweichungen (Lotterieschäden) sind die Folge der Zufallsauswahl und lassen sich grundsätzlich nicht vermeiden.

Sind solche Abweichungen extrem?

Nein, sie sind normal! Die Institute arbeiteten optimal. Der Modellfehler war praktisch Null, die Kokosnuß wurde durch den Zufallszahlengenerator auf einem Großrechner ersetzt. Es wurden alle Befragungsfehler eliminiert und unsere "repräsentativ ausgesuchten" Bundesbürger hatten keine Möglichkeit, zwischen dem Interview und dem Wahltag ihre Meinung zu ändern. Wir haben deshalb die Demoskopien für unsere Auswertung auf Kurzarbeit gesetzt und sie nur zum Stimmzählen eingesetzt. Ihre Gewichtungskünste wurden überflüssig, denn Stimmzettel in einer Wahlurne braucht man nicht mehr zu gewichten. Man

muß sie nur auslosen und zählen. Den faulen Ausreden der Wahlforscher, die sie jeweils anführten, wenn sie bei einer Wahl einen Reifall erlebten - zum Beispiel ein "Meinungsumschwung" in letzter Minute -, wurde damit die Grundlage entzogen. Unversehrt blieb einzig die Zufallsauswahl: eine reine Lotterie! Und diese beerdigt jede Illusion, daß mit Repräsentativumfragen der Wahlausgang in der BRD auf *wissenschaftlicher Basis* vorausgesagt werden kann. Dafür ist dieses Instrumentarium in einer Situation, wo seit Jahrzehnten *Verschiebungen von wenigen Prozenten wahlentscheidend sind*, viel zu ungenau. Wahlhoroskope haben dieses Problem natürlich nicht.

4. Quantifizierung der Lotterieschäden

Die Methoden der Demoskopie, die statistisch gesehen auf dem schwachen Gesetz der großen Zahl beruhen, lassen grundsätzlich nur Aussagen mit einer gewissen *Fehlerbandbreite* für Lotterieschäden zu, die von der gewählten *Sicherheitswahrscheinlichkeit* und von der Anzahl der Befragten abhängen. *Man kann eben nicht ungestraft von 1000 oder 2000 auf 60 Millionen hochrechnen.* Jedes Ding hat seinen Preis. Je größer die Fehlerbandbreite gewählt wird, umso größer wird die Sicherheitswahrscheinlichkeit und umgekehrt. Werden mehr Leute befragt, dann wird die Fehlerbandbreite für Lotterieschäden kleiner. Im Prinzip könnte man die Fehlerbandbreite so klein machen, daß sie praktisch keine Rolle mehr spielt. Dann müßte man allerdings ganze Divisionen befragen, aber wer soll das bezahlen, wer hat so viel Geld.-? Das Problem der Zuverlässigkeit und Genauigkeit von Umfrageresultaten wäre aber damit nicht aus der Welt geschafft. Mit Mega-Umfragen könnte man zwar das letzte statistische Haar aus der Suppe fischen, doch der Interview- und Modellfehler bliebe als Balken im demoskopischen Auge zurück. Wie eingangs erwähnt, ließ das ZDF-Politbarometer im August 1994 auf Grund einer sogenannten Repräsentativumfrage bei 1000 Osis und 1000 Wessis verkünden, die Bundesbürger würden am nächsten Sonntag wie folgt abstimmen:

CDU/CSU	SPD	FDP	Grüne	PDS	Republikaner
41%	36%	6%	9%	4%	2%

Im Gegensatz zu dieser polierten Show würden Wahlprognosen in wissenschaftlich vertretbarer Form, das heißt unter Angabe der Lotterieschäden, nur Kopfschütteln auslösen.

Die statistische Auswertung von einer Million ausgelosten repräsentativen Querschnitten zu je 1000 Befragten im Westen und im Osten zeigt folgendes: Selbst wenn der Fragebogen nur die Sonntagsfrage bezüglich CDU/CSU, SPD, FDP, Grüne/Bündnis 90, PDS und Republikanern enthielte, beliefen sich bei einer Wahlbeteiligung von 75% die Lotterieschäden für die großen Parteien (CDU/CSU und SPD) auf etwa acht Prozent, für die kleinen Parteien (FDP,

Grüne/Bündnis 90, PDS und Republikaner) auf etwa zwei bis fünf Prozent (bei einer statistischen Sicherheitswahrscheinlichkeit von 95%). Wer ist schon an einer Prognose der Form:

CDU/CSU	37% - 46%
SPD	32% - 40%
FDP	4% - 8%
Grüne	6,5% - 11,5%
PDS	2,5% - 5,5%
Republikaner	1% - 3%

interessiert und würde dafür zigtausend Mark hinblättern? Etwa das ZDF, wenn es sein Politbarometer unter die Lupe nähme?

Geht es wirklich nicht besser?

Die Antwort ist nein. Würden die Wahlforscher den Spielraum für die Lotterieschäden mit Gewalt halbieren - für die großen Parteien auf 4% und für die kleinen auf 1% bis 2,5% - und versuchen, Prognosen in der Form:

CDU/CSU	39% - 43%
SPD	34% - 38%
FDP	5% - 7%
Grüne	7,8% - 10,2%
PDS	3,3% - 4,7%
Republikaner	1,5% - 2,5%

zu lancieren, dann sind diese aus mathematisch-statistischen Gründen mit einer Wahrscheinlichkeit von über 50% (!) falsch. Mit Knobeln fährt man besser, da hat man wenigstens eine Chance von 50%.

5. Unterschlagung der Fehlerbandbreiten

Eine "Repräsentativumfrage" ohne gleichzeitige Angabe von Fehlerbandbreite für Lotterieschäden und Sicherheitswahrscheinlichkeit ist so irreführend wie die Reklame einer Landeslotterie, durch den Kauf von Losen werde man Millionär.

Aber diese entscheidenden Informationen zur Beurteilung der Aussagefähigkeit von Umfrageergebnissen erreicht den Demoskopie-Endverbraucher nie. Vor allem im politischen Bereich fallen die Fehlerbandbreiten einer Symbiose von Politikern, Medien und Meinungsforschungsinstituten zum Opfer. *Wer würde eine Prognose mit einer Fehlerbandbreite von 8% für die großen und 2% bis 5% für die kleinen Parteien veröffentlichen?* Etwa der SPIEGEL, der STERN, die WELT, die FAZ, die SÜDDEUTSCHE ZEITUNG oder gar die BILD-Zeitung? Etwa das Politbarometer des ZDF oder der Meinungsreport der ARD? Die BILD-Zeitung, der STERN, die WELT und auch DER SPIEGEL wollen ihre Auflage verkaufen und nicht einstampfen. An Einschaltquote Null für sein politisches Barometer ist das ZDF nicht interessiert. Das wissen die Datenhändler, welche die Medien mit Zahlenmaterial eindecken, ganz genau. Zwei Beispiele:

- Die Forschungsgruppe Wahlen e.V., die das ZDF-Politbarometer betreibt und die SÜDDEUTSCHE mit gewichteten Zahlen eindeckt, weiß sehr wohl, daß ihre Umfrageresultate mit Interviewfehlern und Lotterieschäden gesegnet sind. Die Tabellenbände, die die Forschungsgruppe Wahlen jeden Monat erstellt, enthalten auf den letzten Seiten Informationen zur Stichprobe, und dort sind die Bandbreiten für Lotterieschäden (alias Vertrauensintervalle) zwar falsch, aber explizit in statistischer Form angegeben: für die großen Parteien rund 6% und für die kleinen rund 4%!
- Der Datenfabrikant des SPIEGELS, das Meinungsforschungsinstitut EMNID GmbH, ließ am 24. Januar 1987 in Bielefeld folgende Prognose für die Bundestagswahl 1987 notariell beglaubigen,

CDU/CSU	42,3% - 49,2%
SPD	32,9% - 41,1%
FDP	5,8% - 10,2%
Grüne	5,8% - 10,2%

die natürlich nicht im SPIEGEL erschien, trotz ihrer verbrieften Sicherheitswahrscheinlichkeit von 90%. Ich weiß nicht, was in dem Notar vorging, als er nach der Wahl den versiegelten Umschlag öffnete. Vielleicht bereitete er sich innerlich darauf vor, für den SPIEGEL den Inhalt eines Telefonbuches notariell zu beglaubigen ... Der SPIEGEL und sein EMNID sehen die Dinge anders: Das Wahlergebnis hat ihre Prognose bestätigt! Das ist - um mit Dieter Hildebrandt zu sprechen - mit Prozenten nicht gut möglich, wohl aber mit Promille.

Die Demoskopien wissen ganz genau, daß sie mit ihren Meßmethoden grundsätzlich nicht in der Lage sind, gesicherte Prozentzahlen zu ermitteln. Doch sie täuschen vor, sie könnten mit ihrer Elle aus Gummi - dem repräsentativen Querschnitt - Millimeterbruchteile messen, als hätten sie eine Schiebellehre.

Wenn ein Wahlforscher oder Meinungsforscher nackte Prozentzahlen ohne Fehlerbandbreiten lanciert, mit oder ohne Nachkommastelle, und solche dem Auftraggeber zum öffentlichen "Gebrauch" überläßt, dann ist dies statistischer Betrug.

Das ist zwar nicht Betrug im Sinne von StGB §263, rückt aber den Tatbestand in die Nähe von §108a über Wähler Täuschung.

"Wer durch Täuschung bewirkt, daß jemand bei der Stimmabgabe ... irrt, oder, ... nicht oder ungültig wählt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder Geldstrafe bestraft."

Lügnerische Wahlpropaganda (von Politikern, Parteien, Medien usw.) soll damit nicht erfaßt werden. Aber es ist nicht anzunehmen, daß Wahlforscher für ihre Prognosetätigkeit diese juristische Qualifikation in Anspruch nehmen möchten, denn sie geben ja vor, die Volksmeinung objektiv zu messen.

Beeinflussen Wahlprognosen die Wähler?

<p>Prof. Dr. Noelle-Neumann Chefin des Instituts für Demoskopie Allensbach</p>	<p>Klaus Liepelt Chef des Instituts für angewandte Sozialforschung INFAS</p>	<p>Wolfgang G. Gibowski, Gründungsmitglied der Forschungsgruppe Wahlen</p>
<p>Der Spiegel Nr. 11, 1993</p>	<p>Journal Mobil, WDR III Dortmund (Aktuelle Stunde), 27.9.1989</p>	<p>Schwetzingener Zeitung, 8. November 1990</p>
<p>SPIEGEL: ... "Ganz allgemein gefragt: Hat es eine Wirkung auf die Wähler, ob der FDP von den Meinungsforschern 4 oder 5, ob ihr gar 6 oder 8 Prozent zugesprochen werden?" NOELLE-NEUMANN: "Davon bin ich überzeugt. In England spricht man von taktischen Wählern, die gibt es auch in Deutschland. Sie wählen nicht nur mit dem Herzen, sondern überlegen sehr genau, wie ihre Stimmen am besten genutzt werden. Sehr viele Splittingwähler gehören zu dieser Gruppe, deren Verhalten mit Umfragedaten stark beeinflusst werden kann." SPIEGEL: "Würden Sie ein Verbot der Veröffentlichung von Umfragen eine Woche bis vier Wochen vor der Wahl bejahen?" NOELLE-NEUMANN: "Nein, es ist ohnehin zweifelhaft, ob ein solches Verbot mit den in der Verfassung garantierten Grundrechten vereinbar wäre, aber ich bezweifle auch, ob es realisierbar wäre. ..."</p>	<p>INTERVIEWERIN: "Herr Liepelt, ist es denn nicht schon so, daß die Wahlprognosen an sich schon die Wahl beeinflussen?" LIEPELT: "Nein natürlich beeinflussen Prognosen ebensowenig eine Wahl wie das, was Sie als Journalisten über den Wahlkampf berichten oder was die Parteigeschäftsführer an Werbung herausgeben, sondern es ist einfach so: Die Meinungsumfragen gehören nun einmal zum öffentlichen Leben dazu, jeder möchte gerne wissen: 'Wie sind die Chancen des Machtwechsels? Soll ich eine Regierung stützen oder stürzen helfen?'. Das ist ja für mich die Frage als Wähler. Also möchte ich auch Informationen haben, wie der Stand nun eigentlich ist, damit ich mein Urteil auch daran orientieren kann. Insofern ist die Meinungsumfrage ein Hilfsmittel zur Orientierung des Wählers, was aus einer normalen Demokratie gar nicht mehr wegzu-denken ist." ...</p>	<p>"Ein Thema wie die absolute Mehrheit oder das Erreichen einer Fünf-Prozent-Hürde wird, wenn es öffentlich erörtert wird, eine Diskussion auslösen, die in der Regel das Eintreten des Ereignisses verhindert. Je intensiver in der Öffentlichkeit diskutiert wird, ob die CDU/CSU die absolute Mehrheit erreicht oder nicht, desto wahrscheinlicher ist es, daß sie diese nicht erreicht. Genauso wahrscheinlich ist, daß eine Partei nicht an der Fünf-Prozent-Hürde scheitert, wenn in der Öffentlichkeit kurz vor der Wahl heftig erörtert wird, daß diese Partei knapp vor dieser Hürde steht. Es handelt sich hier um sich selbstzerstörende Prophezeiungen, die, vermittelt durch die Medien, in der Öffentlichkeit diskutiert werden und deswegen einen Stimmungswandel herbeiführen können." ...</p>

In der Begründung zu §108a wird das damit verfolgte Ziel genauer beschrieben (vgl. Bundestagsdrucksache 1. Wahlperiode Nr. 1307 betreffend des damaligen Paragraphen 107a; Urteil des BGH, BGHSt 9, 338):

"In erster Linie Schutz des einzelnen Wählers gegen eine Täuschung, die den Verlust seines Stimmrechts zur Folge hat, mittelbar aber auch Vorsorge gegen eine Verfälschung des Wahlergebnisses entgegen dem wirklichen Willen der Wählergesamtheit."

Der Tatbestand der Täuschung, "Erstellung oder Vorspiegelung falscher Tatsachen bzw. Unterdrückung wahrer Tatsachen", ist durch die Unterschlagung der Fehlerbandbreite bei der Sonntagsfrage und die Angabe pseudoexakter Zahlen unmittelbar vor der Wahl zweifellos erfüllt. Damit wird der sogenannte taktische Wähler, der sein Wahlverhalten aufgrund solcher Zahlen ändert, irregeführt. Durch eine entsprechende Rechtsprechung

Fritz Ulmer: Der Dreh mit den Prozentzahlen

oder - falls dies juristisch notwendig ist - eine präzisere Formulierung von §108a gemäß der ursprünglichen Absicht des Gesetzgebers könnte damit die Täuschung dieses Teils der Wählerschaft erfaßt werden.

6. Dichtung und Gewichtung

Das Dilemma unserer Wahlforscher besteht also darin, daß Meinungsumfragen betreffend der Sonntagsfrage bei Berücksichtigung der Fehlerbandbreiten für Lotterieschäden - vom Interview- und Modellfehler ganz zu schweigen - nur lächerlich vage Resultate zu liefern vermögen, die angesichts der politischen Stabilität in der BRD niemanden interessieren würden. In dieser Notlage erfanden unsere Wahlforscher eine magische Formel, das statistische Ei des Columbus. Damit können lotteriegeschädigte und mit Interviewfehlern gesegnete Umfrageergebnisse wieder gesundgedoktert werden. Eine Umgewichtungszprozedur, deren alchemistischer Gehalt unverkennbar ist, ermöglicht es, den "Vertrauensintervallen" die Luft abzulassen. Alsdann schlüpfen "exakte" Zahlen aus der Retorte, bis hin zur Stelle nach dem Komma. Unsere Wahlforscher reden feierlich von Gewichtungskunst. In Anbetracht der unkontrollierbaren Lotterieschäden und der unvermeidlichen Interviewfehler erfordert dieses Abenteuer jene unverkennbare Mischung von grenzenlosem Selbstvertrauen und unerschütterlicher Ahnungslosigkeit, die nun einmal zum Rüstzeug eines praktizierenden Wahlforschers gehört.

Leider entpuppt sich das statistische Ei des Columbus im demoskopischen Alltag als Kuckucksei. Die alchemistische Recall-Formel produziert nicht selten surrealistische Resultate, so daß weitere Meinungsklima-Kuren vonnöten sind, bis etwas Vermarktbares entsteht.

Frau Noelle-Neumann sieht dies natürlich ganz anders. Dem SPIEGEL (Nr. 11, 1983, S. 43) erklärte sie dies so:

" ... das Verfahren der Gewichtung ist streng formalisiert, es verläuft nach einem Programm, es gibt nicht die geringste Beliebigkeit dabei. Es geschieht buchstäblich nichts, was nicht nachvollzogen und nachgeprüft werden kann. Hexenküche ist deshalb ein ganz falsches Wort. ... "

Nur: das Gewichtungsprogramm und die Rohzahlen erblicken fast nie das Licht der Außenwelt. Der Hexenküche entsteigen nur sorgfältig präparierte Zahlen, denn auf die SPIEGEL-Frage

"Wären Sie grundsätzlich bereit, die 'Rohzahlen' zu veröffentlichen, die ihren 'gewichteten Zahlen' zugrundeliegen?"

antwortete Frau Noelle-Neumann:

"Nein. Die Bevölkerung und auch die Journalisten erklären sich schon jetzt für verwirrt. Warum sollten wir sie noch weiter verwirren? ... "

Die Qualität der Arbeit eines Institutes, so führte sie im weiteren aus, lasse sich nur mit dem fertigen Produkt - den Wahlprognosen auf der Basis von

gewichteten Umfrageergebnissen - beweisen. Nur bei einem Institut, der Forschungsgruppe Wahlen, die im Auftrag des ZDF die Unterlagen für das Politbarometer erstellt, sind Rohzahlen und Gewichtung mit einigem Aufwand eruiierbar. Sie liefert nämlich die Rohdaten dem Sozialarchiv der Universität Köln, sodaß man durch Vergleich der ZDF-Sendungen mit den Originaldaten eine genaue Vorstellung darüber bekommt, was sich in diesen Hexenküchen abspielt. Deshalb nehme ich im folgenden ausschließlich das ZDF-Politbarometer unter die Lupe. Es muß aber an dieser Stelle betont werden, daß die Forschungsgruppe Wahlen sich stets gegen die Gewichtung gestäubt hat, sie aber durch politischen Druck im Frühjahr 1986 dazu gezwungen wurde.¹ In der auf der folgenden Doppelseite abgebildeten Tabelle 'Wahlforschung in der Praxis: Dichtung und Gewichtung im ZDF-Politbarometer' sind die Umverteilungen bei den Prozentzahlen seit der Einführung der politischen Gewichtung im März 1986 bis heute (September 1994) dargestellt. Als Bonus wird bezeichnet, was das ZDF-Politbarometer aus der hohlen Hand beisteuert, als Malus, was es unter den Tisch fallen läßt. Man erkennt auf den ersten Blick, daß in der ZDF-Politbarometer-Show

- die gemessene Volksmeinung regelmäßig und systematisch zurechtgedoktert wird

¹ Nach Professor Erwin K. Scheuch setzte die CDU beim ZDF durch, daß das Politbarometer die Umfrageergebnisse (politisch) gewichtet. Die Details über den damaligen Hickhack kann man in den folgenden Artikeln nachlesen. Erwin K. Scheuch, 'Zuschauer mißverstehen das Barometer als Aussage über Wahlchancen', Handelsblatt vom 14.4.1986; 'Demoskopie', Rheinischer Merkur Extra, Nr. 37, 1987; Forschungsgruppe Wahlen im Handelsblatt vom 28.2./1.3.1986 und 24.4.1986.

Ihren Widerstand gegen die politische Gewichtung begründete das Politbarometer im Handelsblatt vom 24. April 1986 wie folgt. "Auch für die Forschungsgruppe Wahlen ist unstrittig, daß Ergebnisse der Sonntagsfrage als tatsächliches Wahlergebnis oft sehr unrealistisch wären. Im Gegensatz zu den meisten anderen Instituten ist die Forschungsgruppe Wahlen jedoch der Auffassung, daß Umfragen gar nicht geeignet sind, Verhalten zweifelsfrei zu messen, schon gar nicht ein solches, das weit in der Zukunft liegt. Die Frage nach dem hypothetischen Wahlverhalten bei einer Bundestagswahl am nächsten Sonntag, die, wie die Befragten natürlich wissen, in Wirklichkeit gar nicht stattfindet, mißt nun kein Verhalten, sondern die augenblicklichen Stimmungen, Meinungen und Gefühle der Befragten gegenüber dem Erscheinungsbild der Parteien und der jeweiligen Spitzenpolitiker. ...

Die politisch nicht gewichteten Umfrageergebnisse drücken also die tatsächliche aktuelle politische Stimmung aus und sind nicht als Prognose eines Bundestagswahlergebnisses zu verstehen.

- die CDU/CSU vorwiegend auf Pump lebt (bis zu acht Prozent pro Monat)
- die SPD regelmäßig zur Kasse gebeten wird (bis zu neun Prozent pro Monat)
- die FDP primär von Gewichtungsspenden lebt (vor allem in den Achtzigerjahren)
- die Grünen/Bündnis 90 phasenweise mit einem Malus, bei Durststrecken aber auch mit einem Bonus bedacht werden.

Das Feinbild enthüllt weit mehr:

- es kommt auch vor, daß die CDU/CSU mit einem Malus belegt wird, und zwar dann, wenn sie sich der absoluten Mehrheit nähert. Das ZDF-Politbarometer scheint auch eine soziale Ader zu haben: die CDU/CSU kriegt immer dann einen besonders schönen Batzen aus der Gemeinschaftskasse, wenn sie in der Wählergunst tiefrote Zahlen schreibt
- auch der SPD wird ausnahmsweise unter die Arme gegriffen, und zwar dann, wenn sie auf ihre historische Schmerzgrenze von etwa 35% absinkt
- die FDP wurde vor der Bundestagswahl 1987 systematisch über die 5%-Hürde gehievt, ihre Profitmarge betrug 1986 im Durchschnitt 75% (aus 4% wurden 7%).

Eine so systematische Gewichtungsprozedur riecht nach politischer Manipulation. *Ich glaube aber, daß der Schein trügt.* Wahlforscher sind primär darauf bedacht, mit ihren Prognosen nicht falsch zu liegen.² Sie mögen, wie ein jeder Bürger, auch ein politisches Herz haben, aber die eigene Kasse geht vor, und diese übt einen gewissen Zwang in Richtung politischer Neutralität aus. *Die Erklärung für diese Art von systematischen Verfälschungen liegt anderswo,* wie im folgenden Abschnitt gezeigt wird. Die Wahlforscher sind Gefangene ihrer Versprechungen geworden. Sie kehrten die Lotterieschäden und Interviewfehler unter den Teppich und gaukelten vor, sie könnten die Volksmeinung betreffend der Sonntagsfrage genügend genau bestimmen. Als sie merkten, daß die Resultate von Repräsentativumfragen für Wahlprognosen unbrauchbar waren,³ suchten sie nach einem Ausweg und fanden ihn auch:

² Es mag zwar sein, daß die Forschungsgruppe Wahlen es sich zweimal überlegt, ob sie in der heißen Phase eines Wahlkampfes gewisse Dinge nicht besser unterläßt. Wie z.B. der Union eine absolute Mehrheit auf den ZDF-Bildschirm zu schreiben und die FDP unter der 5%-Hürde ans Kreuz zu nageln - wie es der gemessene Volkswille im November 1986 eigentlich wollte. Denn ein jeder Säugling weiß, daß der die Brust nicht beißen soll, die ihn stillt.

³ "Vergleicht man Umfrageergebnisse mit den tatsächlichen Wahlergebnissen der Parteien bei den Bundestagswahlen, dann stellt man verblüffende Unterschiede fest" (Wolfgang Gibowski, Forschungsgruppe Wahlen im Handelsblatt 1.3.1986)

Die politische Stabilität der BRD

Wolfgang Gibowski, damals Betreiber des ZDF-Politbarometers, formulierte dies 1986 so: "Überhaupt sind die Bundestagswahlergebnisse der letzten 20 Jahre recht stabil, stabiler jedenfalls als Umfrageergebnisse der Sonntagsfrage." (Handelsblatt, 1.3.1986)

7. Wie werden Wahlprognosen gemacht?

Man nehme das letzte Wahlergebnis und passe es Pi mal Daumen der aktuellen Situation an. Der geneigte Leser möge sein Glück als Politbarometerfrosch zwischen zwei Bundestagswahlen selbst versuchen: Er nehme das Wahlergebnis vom 25.1.1987

CDU/CSU	SPD	FDP	Grüne
45%	37%	9%	8%

und mache nun eine Prognose für den Februar 1987. Was soll sich geändert haben? Nichts! Also lautet seine Prognose für die nächste Bundestagswahl kurz und bündig:

CDU/CSU	SPD	FDP	Grüne
45%	37%	9%	8%

Ein großes Risiko geht er dabei kaum ein, denn erstens unterscheidet sich seine Prognose kaum vom letzten Wahlergebnis, und die nächste Wahl liegt ja in weiter Ferne. Das ZDF-Politbarometer hingegen hat es nicht so leicht, denn es führt zum Preis von runden 30.000 DM im Februar 1987 drei Wochen nach der Wahl eine repräsentative Nachbefragung durch, mit dem Resultat:

CDU/CSU	SPD	FDP	Grüne
47%	40%	6%	7%
(+2%)	(+3%)	(-3%)	(-1%)

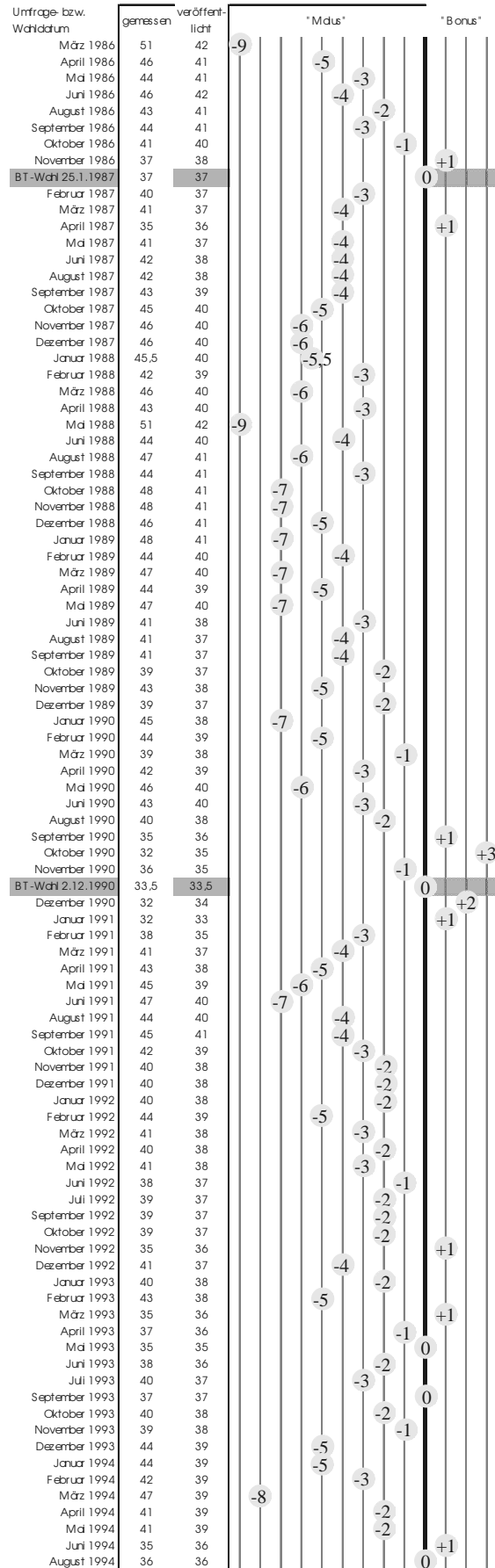
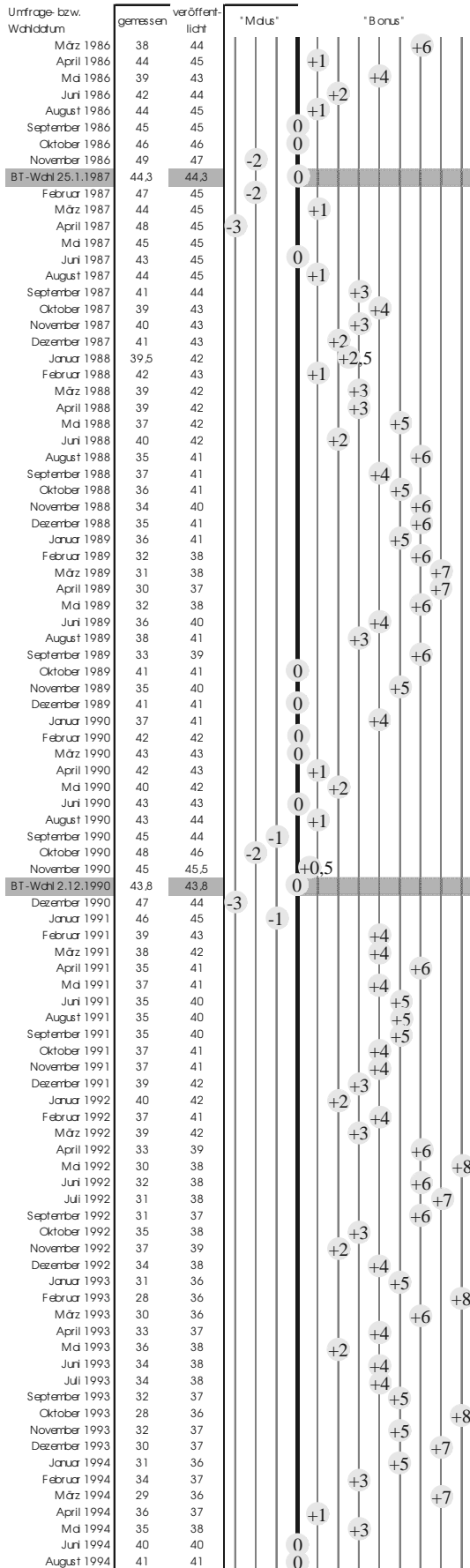
Ein Blutbad bei der FDP (-3%), der ein Drittel der Wähler davonläuft, und beträchtliche Gewinne für SPD (+3%) und die Union (+ 2%). Wie soll man das im ZDF-Politbarometer der verdutzten Öffentlichkeit erklären? Es ist ja nichts passiert! Aber halt, da gibt es noch die Gewichtung. Und die erweist sich als der Retter in der Not: Die FDP erhält ihren Verlust von 3% aus der Gemeinschaftskasse rückerstattet und ebenso die Grünen 1 %, während die SPD und die CDU/CSU einen Solidarbeitrag von 3% bzw. 2% entrichten, wie einst zur Zeit der großen Koalition.

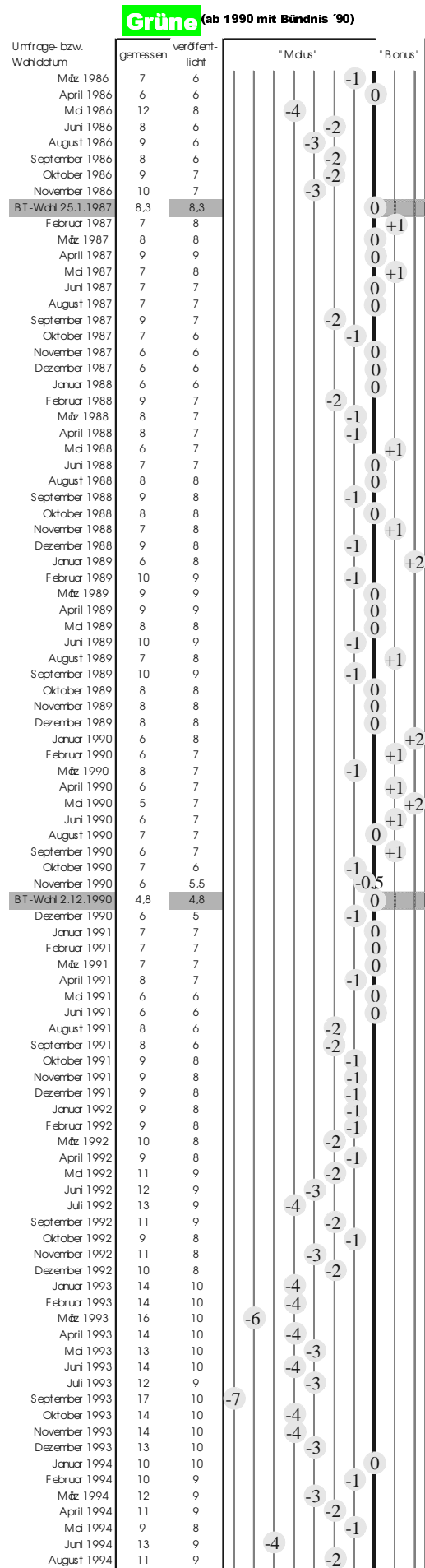
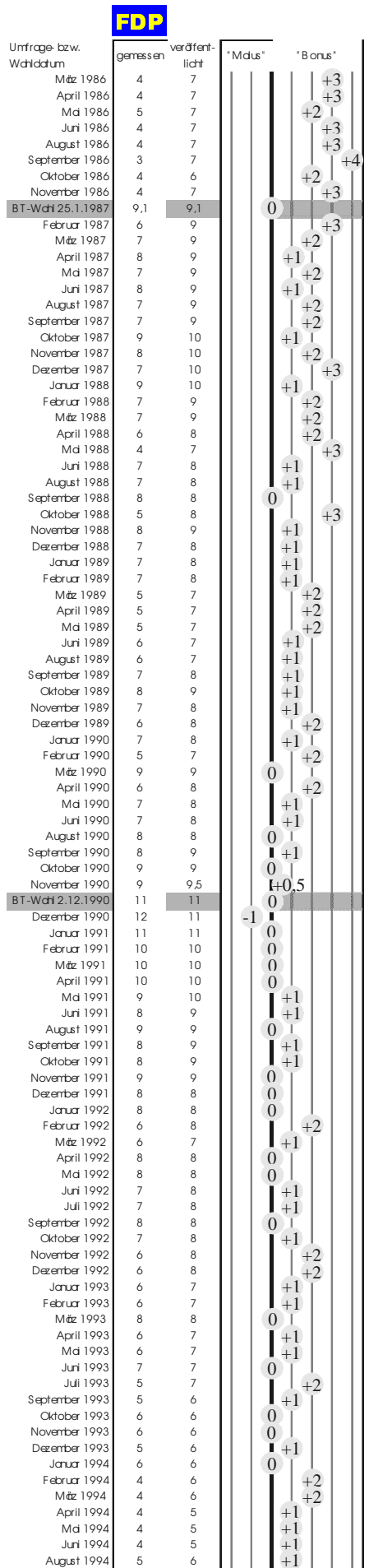
Wahlforschung in der Praxis: Dichtung und Gewichtung im Politbarometer des ZDF

Die Unterschiede zwischen der gemessenen und der veröffentlichten Volksmeinung bezüglich der „Sonntagsfrage“ sind eklatant und erratisch. Offensichtlich halten Wahlforscher ihre für teures Geld ermittelten Umfrageergebnisse für weitgehend irrelevant. Mit „Bonus“ bzw. „Malus“ wird das bezeichnet, was das Politbarometer zum Ergebnis „beisteuert“ bzw. davon „abzwickelt“ (Angaben in %)

CDU/CSU

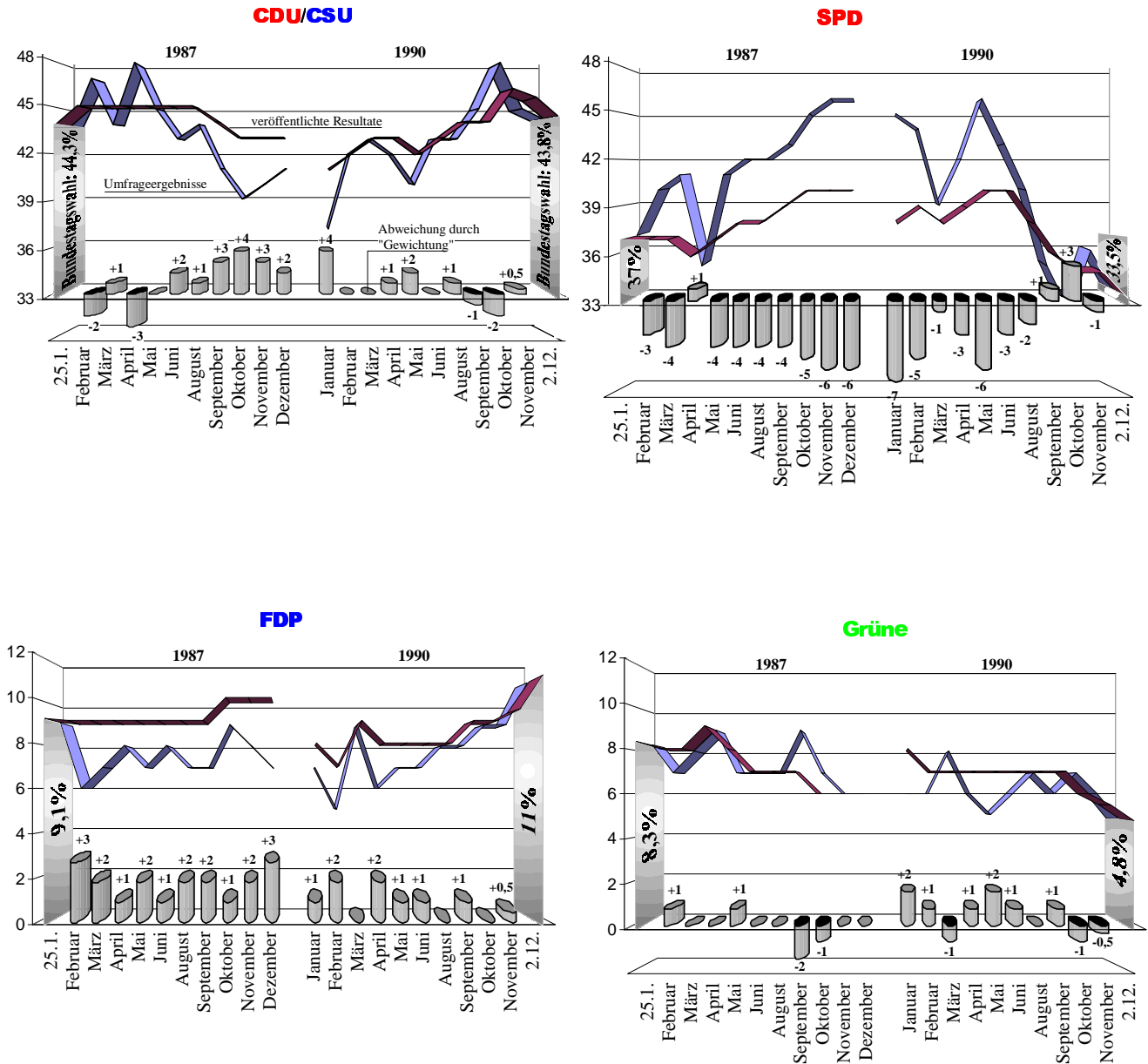
SPD





Wie Wahlprognosen gemacht werden

Das jeweils jüngste Wahlergebnis wird fortgeschrieben, so daß eine möglichst glatte Kurve entsteht. Die aktuellen Umfrageergebnisse werden dabei weitgehend ignoriert. Quelle: Tabellenbände Forschungsgruppe Wahlen '87;'90; ZDF-Politbarometer



Es bedeuten:

- Blaue Bänder: Umfrageergebnisse bezüglich der „Sonntagsfrage“, wie sie die Forschungsgruppe Wahlen für das ZDF-Politbarometer ermittelt hat.
- Rote Bänder: Die abgeänderten, d.h. gewichteten Umfrageergebnisse, wie sie im ZDF-Politbarometer veröffentlicht wurden.
- Säulen: Unterschied zwischen den gemessenen und veröffentlichten Umfrageergebnissen bezüglich der „Sonntagsfrage“ (Differenz zwischen den blauen und roten Bändern).

Die gewichtete Politbarometer-Prognose kommt also zum gleichen Schluß wie der geneigte Leser. Mit einem kleinen, aber feinen Unterschied: Er - der geneigte Leser - möge es einmal versuchen, dem ZDF runde 30000 DM für diese Weisheit abzuknöpfen....

Wie es weiterging, kann man der Graphik "Wie werden Wahlprognosen gemacht?" entnehmen. Egal, was die "Repräsentativumfrage" der Forschungsgruppe Wahlen auch ergab, es wurden der CDU/CSU und der FDP 1987 monatelang 45% bzw. 9% auf den ZDF-Bildschirm geschrieben, es wurde einfach entsprechend umgewichtet, bis das Wahlergebnis herauskam, konkret:

	CDU/CSU	FDP
März	+1%	+2%
April	-3%	+1%
Mai	0%	+2%
Juni	+2%	+1%
August	+1%	+2%

Entsprechend erhielten SPD und Grüne zusammen immer 45%. Als die gemessenen Zahlen für die CDU/CSU in den Keller gingen und die der SPD in den Himmel stiegen, da gab das ZDF-Politbarometer dem Druck der Straße schließlich nach, wenn auch behutsam und völlig verzerrt:

Zum Beispiel waren die Union und die SPD laut ZDF-Politbarometer im Mai 1988 erstmals gleich stark (bzw. schwach), beide erhielten 42%, mit dem Unterschied, daß die Union zu diesem Resultat ganze 36% beisteuerte, während der SPD von der gemessenen absoluten Mehrheit von 51% volle 9% abgezackt wurden.

Als im Sog der Wiedervereinigungseuphorie die Zahlen der Union 1989/90 wieder anstiegen und die SPD ins Bodenlose fiel, wurde mit der Gewichtung prächtig gegengesteuert: Als der Einheitskanzler im Oktober 1990 gar 49% verbuchte, während den Einheitsquertreibern der SPD das historische Tief von 32% beschert wurde, da ersparte das ZDF-Politbarometer der Union wieder einmal das Odium der absoluten Mehrheit und gab ihr eine Schmerzspritze von -2%, während der desolaten SPD mit +3% unter die Arme gegriffen wurde. Nur einen Monat später wurde das Resultat der Union von 45% auf 45,5% aufge bessert, die SPD hingegen von 36% auf 35% beschnitten.

Wie man sieht, spielen die aktuellen Umfrageergebnisse in der Politbarometer-Hexenküche kaum eine Rolle, aber eine große Hexerei ist diese Sache nicht, und von Giftmischerei kann keine Rede sein.

Die ergreifende Weisheit besteht darin, die alten Zahlen behutsam abzuschreiben und sie mit der Zeit manchmal ein klein wenig nach unten oder oben zu korrigieren, $\pm 1\%$, in Ausnahmefällen auch einmal $\pm 2\%$.

Daß allein die Lotterieschäden bei einer "Repräsentativumfrage" zu größeren Veränderungen führen - von den Interviewfehlern ganz zu schweigen - wird einfach ignoriert, sie werden beide "freihändig" weggedoktert. Der Geschäftsführer von *Basisresearch* meinte dazu philosophisch: "Eine fundierte

theoretische, wissenschaftliche Grundlage dafür gibt es nicht. Das läuft rein pragmatisch ab" (Wirtschaftswoche 2.1.1987, S. 29). Das einzig Sichere bei diesem Geschäft ist, daß diese 'Pragmatiker', die mit beiden Füßen fest in der Luft stehen, uns wohlverhalten bleiben, solange Nachfrage und Glauben an Prognosezahlen bestehen. Es ist klar, daß dieses Vabanquespiel entlang der historischen Leitplanken genau so lange funktioniert, wie sich die politische Landschaft nicht wesentlich ändert. Wahlprognosen treffen dann ins Schwarze, wenn das neue Wahlergebnis dem alten gleicht wie ein Ei dem andern. Der Unterschied zwischen den Meinungsforschungsinstituten in der Wahlforschung besteht hauptsächlich darin, daß die einen mit mehr Glück und einem etwas besseren Riecher als die anderen spekulieren, wobei nicht zu bestreiten ist, daß Frau Noelle-Neumann der Konkurrenz manchmal um eine Nasenbreite voraus ist.⁴ Aber Spekulation bleibt es allemal. Mit Wissenschaft hat das ganze nichts zu tun, sie dient nur als Aushängeschild.

Die Meinungsforscher schaffen sich hier einen Freiraum, von dessen Existenz und Ausmaß die Öffentlichkeit keine Ahnung hat.

Kein Meinungsforscher hat das Recht, die Unzulänglichkeiten seiner Meßmethoden mit Hilfe gefälschter Daten zu verheimlichen.

Diese Praktiken müssen nicht nur an den Pranger gestellt werden, nach meiner Meinung müßten diese Leute vor Gericht gestellt werden. Nicht weil sie spekulieren - das darf jeder -, sondern weil sie vorgeben, sie könnten und würden die Volksmeinung objektiv messen. Die strafrechtliche Erfassung hiervon wäre wie erwähnt über StGB §108a betreffend Wählertäuschung möglich, gegebenenfalls nach einer

⁴ Frau Noelle-Neumann sieht dies anders. Sie und ihre demoskopischen Brustkinder möchten sich die Freude über einige Prognoseerfolge bei Bundestagswahlen nicht mit der Einsicht vergällen lassen, daß die goldenen Prognose-Eier nicht von ihrer Meßkunst gelegt worden sind, sondern vom dreißigjährigen Huhn der politischen Stabilität. Es ist aber das Verdienst von Frau Noelle-Neumann, als erste das Huhn mit dem Ei verwechselt zu haben. Hilfreich bei dieser Pioniertat war, daß sie ihre Demoskopie in einer Zahlenwelt betreibt, in der das Einmaleins der Statistik seine Rechte und Pflichten verwirkt hat. In ihrem Roman "Die Schweigespirale. Öffentliche Meinung - unsere soziale Haut" versucht sie, Aspekte des politischen und sozialen Lebens quantitativ erfaßbar und erklärbar zu machen und auf die Gegenwartspolitik anzuwenden. Die Komik von Frau Noelle-Neumann besteht darin, daß sie dies mit einer Elle aus Gummi (ihrem 'repräsentativen' Querschnitt) versucht und dabei unter der Vorstellung leidet, sie könne damit Millimeterbruchteile messen, als hätte sie eine Mikrometerschraube. Die Tragik von Frau Noelle-Neumann liegt darin, daß sie trotz der Unzulänglichkeit, ja Lächerlichkeit ihrer Meßmethoden die Dinge manchmal richtig sieht. Diese Mischung von Komik und Tragik zieht sich wie ein roter Faden durch ihre Schweigespirale.

Anpassung dieses Gesetzesparagrafen. Die Täuschung des taktischen Wählers besteht darin, daß er glaubt, die "Wahlforscher" würden ihm kurz vor der Wahl die gemessene Volksstimmung vermitteln während sie ihm in Wirklichkeit eine Fortschreibung der alten Wahlresultate aufs Auge drücken.

8. Der zeitliche Trend

Es versteht sich auf Grund der Zufallsauswahl von selbst, daß Trendangaben keinen Bezug zur Realität haben, weil sie durch Lotterieschäden von zwei Meinungsumfragen bis zur Unkenntlichkeit entstell werden. Wie kann ein Wahlforscher auf der Basis von Meinungsumfragen von einem "Trend" reden, wenn er diesen nicht von einem Pseudo-Trend unterscheiden kann? Haben sich die Parteistärken *nicht* geändert, dann täuschen nämlich zwei aufeinanderfolgende Meinungsumfragen von je 1000 Befragten im Westen und im Osten (bei einer Wahlbeteiligung von 75%) mit einer Wahrscheinlichkeit von rund 50% vor, daß für *mindestens eine* Partei eine *markante Veränderung* eingetreten ist. Das heißt, entweder ist (bzw. sind)

die CDU/CSU	um mindestens 2,9%
oder die SPD	um mindestens 2,8%
oder die FDP	um mindestens 1,4%
oder Grüne/Bünd. 90	um mindestens 1,7%
oder die PDS	um mindestens 1,2%

gestiegen oder gefallen, während sich in Wirklichkeit *nichts* geändert hat!

Will ein Wahlforscher mit der üblichen statistischen Sicherheit von 95% ausschließen, daß die von ihm ermittelten Trends nicht eine Laune des Zufalls darstellen, dann muß er gegenwärtig für *mindestens eine* Partei eine *erdruhschartige Veränderung* feststellen. Das heißt, entweder muß (bzw. müssen)

die CDU/CSU	um mindestens 5,7%
oder die SPD	um mindestens 5,6%
oder die FDP	um mindestens 2,8%
oder Grüne/Bünd. 90	um mindestens 3,3%
oder die PDS	um mindestens 2,3%

gestiegen oder gefallen sein. Um es boshaft auszudrücken:

Die "Gunst" des Zufalls beschert den Wahlforschern für mindestens eine Partei laufend Neuigkeiten und Schlagzeilen.

Was sich wirklich abspielt, das weiß kein Mensch, und die von den Meinungsforschungsinstituten gelieferten Daten über das zeitliche Auf und Ab der Parteistärken haben *reinen "Horoskopcharakter"*.

Sie täuschen Veränderungen vor, die quantitativ mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit falsch sind und die häufig nicht einmal qualitativ richtig sind.

9. Das falsche statistische Modell

Die statistischen Grundlagen von Wahlprognosen und Meinungsumfragen basieren u.a. auf dem "schwachen Gesetz der großen Zahl", vor allem aber auf dem unersättlichen Bedarf der zahlengläubigen Demoskopie-Endverbraucher. Hilfreich bei diesem Unterfangen ist ein falsches statistisches Modell. Da wird unverfroren angenommen, der ganze Fragebogen bestehe aus *einer einzigen Frage, die mit ja oder nein zu beantworten ist* (Binomialmodell). Dabei weiß jede Hausfrau, daß der Interviewer, der sich an einem schönen Nachmittag unvermittelt in ihrem Wohnzimmer festsetzt, ihr einen Fragebogen auf Endlos-Papier vorlegt und daß *jede Frage einen Rattenschwanz von möglichen Antworten offen läßt* (Multinomialmodell). Doch das statistische Weltbild bleibt davon unberührt, es vererbt sich von einer Generation von bekennenden Demoskopern auf die nächste, wie ein Fluch bis ins dritte und vierte Geschlecht. Das richtige statistische Modell basiert nicht auf der Binomialverteilung, sondern auf Dutzenden von Multinomialverteilungen, die gleichzeitig betrachtet werden müssen, was praktisch nur mit einer Computersimulation möglich ist.

Die Berechnung von Lotterieschäden (alias Vertrauensintervallen) bei Umfragen mit Hilfe der handelsüblichen Methoden erinnert an jenen Metzger, der eine Wurst in ein Rudel von Hunden wirft und dann jedem Besitzer den Schmaus in Rechnung stellt. Gewiß kann kein Besitzer beweisen, daß es nicht sein Hund war, der die Wurst erwischte. Dennoch ist unser Metzger kein Vorbild für Integrität. Solche "Vertrauensintervalle" haben die Funktion von statistischen Alibiübungen und Milchmädchenrechnungen.

Unter der Glut der Computersimulationsonne schmelzen ganze Berge von harten Daten wie Butter. Allein die Lotterieschäden bei den handelsüblichen Meinungsumfragen sind fast doppelt so groß wie bisher angenommen, sie hängen nicht nur von der Anzahl der Interviews sondern auch von der Anzahl der Fragen und der Anzahl der möglichen Antworten ab.

(In statistischem Fachjargon heißt dies: De facto ist die Multinomialverteilung ein Produkt von Binomialverteilungen.)

10. Finale

Statistische Methoden und Modelle - und dazu gehören Meinungsumfragen - stellen ein nützliches und unentbehrliches Instrumentarium dar. Aber hinter den lautstark feilgebotenen Zahlen, mit welchen die Öffentlichkeit verrückt gemacht wird - das gilt von AIDS und Gesundheitsrisiken aller Art, von Einschaltquoten über Popularitätswerte von Politikern bis hin zu Wahlprognosen - verbirgt sich oft nur ein Minimum an gesicherter Information. Würden die *Unsicherheiten und Spekulationen* der

Modellrechnungen ebenfalls quantifiziert, dann würde Vieles entdramatisiert und aus den Schlagzeilen verschwinden, so z. B. Wahlprognosen in der BRD und ein guter Teil der quantophrenen Weltuntergangswissenschaft.

Bürger, Politiker, Wähler, die zahlenhungrige Wirtschaft und insbesondere die schlagzeilenorientierte Wissenschaft müssen lernen, wo die Aussagekraft der Zahlen endet und wo die Geschäftstüchtigkeit, der missionarische Eifer oder gar die Manipulation beginnt.

Das Ausmaß der Zahlen- und Demoskopiehörigkeit der deutschen Politiker, die in Scharen hinter den demoskopischen Rattenfängern herlaufen, sei (stellvertretend) an Bundeskanzler Helmut Kohl anlässlich der Bundestagswahl 1987 illustriert.

Nachdem sich am Wahlabend aufgrund der Hochrechnungen für die Union ein Resultat von knapp 44% abzeichnete (gegenüber 49% bei der Wahl 1983), zeigte er sich in einer ersten Stellungnahme im ZDF tief enttäuscht:

"Wir in der Union haben unser Ziel nicht erreicht. Ich selbst habe gerechnet in einer Größenordnung von 46%, wir sind deutlich unter dieser Zahl geblieben. Das ist betrüblich. Wir haben Verluste erlitten, Verluste, mit denen niemand in diesem Umfang gerechnet hat."

Aus dieser Aussage geht hervor, daß er bzw. seine demoskopischen Ratgeber unter der Vorstellung litten (und wohl heute noch leiden), der Unterschied von 46% und 44% sei so eklatant, daß er einem Demoskopien unmöglich entgehen könne...

Die laufende Produktion von Popularitätswerten von Politikern ist ein weiteres Beispiel eines demoskopischen Zirkusaktes, der den Meinungsforschern Betriebsamkeit beschert und einen üppigen Lebensunterhalt verbürgt. Gespannt wie

Schüler erwarten deutsche Politiker die Zensuren, die ihnen ein "repräsentativer" Querschnitt von Wahlberechtigten monatlich auf Geheiß der Demoskopien erteilen darf, und die dann von den Medien - dem ZDF-Politbarometer, der Süddeutschen Zeitung etc. - als demokratisches Urteil breitgetreten werden. Die Frage, ob diese Popularitätswerte überhaupt eine meßbare (d.h. reproduzierbare) Größe darstellen und mit welchen Lotterieschäden sie behaftet sind, wird erst gar nicht gestellt. Die Noten werden einfach brühwarm serviert und konsumiert. Dabei könnte man sie über weite Bereiche - und insbesondere ihr zeitliches Auf und Ab - ebensogut mit dem Würfel bestimmen. Das wäre erstens billiger und zweitens wäre damit klargestellt, um was es geht: um ein Unterhaltungsspiel im Fernsehen, Füllmaterial in den Zeitungen und einen Prostitutionsakt der deutschen Demoskopie.

Wenn der berühmte Psychologe Carl Gustav Jung - der Entdecker und Erforscher des kollektiven Unbewußten - noch lebte, würde er sich genötigt sehen, zwei weitere Archetypen psychoanalytisch therapierbar zu machen:

Zahlengläubigkeit und statistischer Übermut

Die Alchimisten vergangener Zeiten würden ihre heutigen Kollegen in der Prognoseindustrie beneiden. Was jenen während Jahrhunderten mangels geeigneter Stoffe und Knowhow versagt blieb, ist für unsere Meinungsforscher zur Routine geworden:

Aus Prozentzahlen und Aberglauben eine Goldgrube zu machen.

Unversöhnliches Nachwort

Die Stunde der Wahrheit - die Wahl - begehrt der Wahlforscher in aufgeräumter Stimmung, etwas abgespannt durch die Strapazen des Wahlkampfes, aber innerlich gestärkt durch den erhöhten Umsatz. Das Resultat wird er versöhnlich wie ein Pastor, aber sprudelnd wie ein Fußballreporter präsentieren. Hat er - wie es in der letzten Zeit häufiger passierte - mit *Dichtung und Gewichtung* Pech gehabt, dann wird er an der Gewichtungsschraube weiterdrehen. Ist er mit der zuletzt verwendeten Gewichtung mal nicht auf die Nase gefallen, so wird er dies der neuen "Methode" zuschreiben. Weshalb sollte er sich die Freude mit der Einsicht vergällen, daß er versehentlich den Zufalls- und Interviewfehler weggewichtet hat? Auch ein blindes Huhn findet mal ein Korn...

So oder so: Die Lotterieschäden werden dafür Sorge tragen, daß unsere Gewichtungsauberlehrlinge nicht zur Ruhe kommen werden. *"Die Rohzahlen waren oft*

genauer als die gewichteten Zahlen" klagte der Geschäftsführer von Basis-Research der Wirtschaftswoche (Nr.1/2, 2. Januar 1987).

Die Wahl wird man überstehen, der Konkurrenz ging es auch nicht besser. Ein Gang nach Canossa? Schon eher ein Einkaufsbummel ins nahegelegene Florenz. Und dann eine Erholungsreise an den Golf von Korinth, verbunden mit einem Kulturtrip zu den Tempeln in Delphi. Auf dem Flug von Mailand nach Athen schlägt man noch schnell im Reiseführer das Wissenswerte zum "Orakel von Delphi" nach:

"Delphi (7. Jh. v. Chr.) liegt am Südhang des Parnaß (2459 m), welcher im Altertum als Sitz des Gottes Apollo galt. Das Orakel Apollos war das berühmteste Orakel des Altertums. Seine große politische Bedeutung fällt in die archaische Zeit. Damals wirkte das Orakel auf die Verfassung der Städte, die

Kolonisation und viele politische Unternehmen ein. Noch Platon erkannte Delphis Weisungen eine hohe Bedeutung für die staatliche Ordnung zu."

Die Ausführungen über den großen politischen Einfluß des Orakels bringen unsere Wahlforscher so richtig auf den Geschmack. Daß selbst Platon die Demoskopie und ihre Weisungen für das Wohl der Gemeinschaft und die Aufrechterhaltung der politischen Ordnung als segensreich betrachtete, macht unseren Wahlforschern wieder Mut. Welch gute alte Zeit! Anstatt sich wie bisher nach Fehlprognosen beim Nervenklempner auf der Couch psychisch wieder geradebiegen zu lassen, könnte man es mit einer Nachhilfestunde beim Orakel versuchen, das seine Kunst noch beherrschte.

Im Reiseführer erfährt man, wie die Prozedur beim Orakel vonstatten geht. Das Medium von Delphi war eine ältere Frau: **die Pythia**

Nach einer Opfergabe nahmen die Pythia und ihre ratsuchenden Klienten ein gemeinsames Bad in dem kastalischen Springbrunnen, wo ihr die Probleme vorgelegt wurden. Nach diesem Ritual ging sie in den Tempel und begann mit der Meditation. In ihrem veränderten Bewußtseinszustand fing die Pythia zu sprechen an. Ihre Wahrsprüche wurden den Ratsuchenden nicht direkt mitgeteilt, sondern sie wurden von Priestern interpretiert und in kunstvollen Versen niedergeschrieben, deren Auslegung nicht immer einfach war.

Auf der Fahrt nach Delphi beraten unsere Wallfahrer, was sie der Orakelpriesterin Pythia als Opfergabe darbieten könnten. Sie einigen sich auf ein Wertpapier und legen ihre letzte Prognose auf den Altar. Vom Schatzmeister des Tempels nach Nominal- und Kurswert befragt, meinen sie, solche Papiere würden selten zum Nennwert genommen und die Kotierung an der Gerüchtebörse sei erst kürzlich erfolgt. Entscheidend sei aber der innere Wert, und der Selbstkostenpreis habe fast 100 000 DM betragen. Der Schatzmeister meint sachlich aber höflich, der Altar sei keine Endlagerungsstätte und fünf Mark in bar wären ihm lieber. Nach dieser Dusche haben unsere Wahlkampfhelden keine Lust mehr auf ein Bad im Nymphen-Springbrunnen, und die Pythia verlegt die Reinigungsprozedur in die Sauna. Dort tragen sie ihr mit bewegten Worten die Klage über die Krankheit des repräsentativen Querschnittes vor:

seine Wankelmütigkeit!

Den Wahrspruch der Pythia am nächsten Morgen:

- Achte das Einmaleins der Statistik -

haben unsere Wahlforscher bis heute nicht enträtselt. Als Datenhändler hat man nicht viel Zeit zur Muße. Auch werden sie den Verdacht nicht los, daß die Pythia sie im Dampfbad mit der Konkurrenz aus 'Wetten daß...' verwechselt hat. Wie dem auch sei, solange unsere Polit-Wetterfrösche für ihre gewichteten Lottozahlen reißenden Absatz finden und jedermann - von Politikern bis hin zur

Regenbogenpresse - diesem Zahlen-Horoskop hörig ist, verhallt der Wahrspruch der Pythia ungehört. Man kann von unseren Datenhändlern - Kreuzritter für freies Unternehmertum - auch nicht erwarten, daß sie sich freiwillig in den eigenen Speck schneiden. Das gehört nicht zu den Spielregeln einer Narren-freien Marktwirtschaft.

In Meinungsforschungskreisen ist die *Pythia vom Bodensee* eine berüchtigte Institution. Es handelt sich dabei aber nicht um eine Reinkarnation der Pythia in unserem Jahrhundert, sondern um den Kosenamen von Frau Prof. Dr. Dr. h.c. Noelle-Neumann im geweihten Blätterwald. Daß zwischen den beiden Damen Welten liegen, oder, wie wir in der Schweiz zu sagen pflegen, sie ihr Heu nicht auf der gleichen Bühne haben, geht auch aus dem 'Wahr'spruch der Pythia vom Bodensee

Die Schweigespirale, Öffentliche Meinung - unsere soziale Haut

hervor, der mit dem *Einmaleins der Statistik* auf Kriegsfuß steht, soweit es die Anwendung auf die Gegenwarts politik betrifft.

In den Auswirkungen auf die Staatspolitik ist jedoch eine gewisse Parallelität zwischen den beiden Damen unverkennbar. Ich kann mir jedoch nicht vorstellen, daß Platon der Pythia vom Bodensee die Prozentzahlen ebenso aus der Hand gefressen hätte wie Helmut Kohl.

Fritz Ulmer